

„Europa muss jetzt liefern“

EVP-Fraktionschef **Manfred Weber** über die Gefahr neuer Grenzsicherungen, ein europäisches Robert Koch-Institut und sein Verhältnis zur einstigen Konkurrentin Ursula von der Leyen

INTERVIEW VON **ERIC BONSE**

Vor einem Jahr führte Manfred Weber Europas Konservative in die Europawahl. Gern wäre er Chef der mächtigen EU-Kommission in Brüssel geworden, doch für eine Mehrheit hat es nicht gereicht. Frankreich und Ungarn waren dagegen. Nun sitzt der CSU-Mann allein in seinem Haus im niederbayerischen Wildenberg und macht Politik mit Abstand. Sein Arbeitsplatz im Europaparlament in Brüssel ist wegen Covid-19 zu unsicher geworden. Weber musste zudem 14 Tage in Selbstisolation, weil er Kontakt mit einem Corona-Infizierten hatte. Die Sitzungen von CDU/CSU und EVP – der größten Parlamentsfraktion – kann er nur noch per Videokonferenz im Internet leiten. Doch das hindert den 48-Jährigen nicht daran, sich in die großen internationalen Debatten einzuschalten.

Corona hat Europa wieder fest im Griff, das Europaparlament ist im Lockdown. Können Sie da eigentlich noch vernünftig arbeiten?

Es muss gehen. Das Europäische Parlament ist die Volksvertretung und Gesetzgebungskammer Europas. Deswegen muss die Funktionsfähigkeit sichergestellt werden, unter allen Umständen. Wir haben in den vergangenen Monaten viele Erfahrungen gesammelt. Wir sind eines der digitalsten Parlamente, die es auf der Welt gibt. **Sie tagen per Videokonferenz. Bleiben dabei nicht wichtige Diskussionen auf der Strecke?**

Es fehlt schon etwas, das Zwischenmenschliche, das Gefühl für die Atmosphäre. Die Technik kann nicht alles ersetzen. Aber es gibt keine vernünftige Alternative dazu, weil Brüssel eine der Corona-Hauptstädte in Europa ist. Wir wollen aber sobald wie möglich wieder zurück zum Präsenzparlament. Wir wollen wieder reden, wir wollen ein lebendiges Parlament, mit lebendiger Debatte.

Droht wegen der zweiten Corona-Welle ein neues Desaster, mit Lockdowns und Grenzsicherungen in Europa?

Wir dürfen die Fehler vom März nicht wiederholen, das heißt, wir wollen den generellen Lockdown vermeiden. Dafür

müssen aber alle mithelfen. Dass nicht gut zusammengearbeitet wurde oder die Grenzen geschlossen wurden, hat enormen zusätzlichen Schaden verursacht. Sehr wichtig ist deshalb auch, Schengen aufrechtzuerhalten.

Aber Dänemark hat doch schon die Grenzen für deutsche Touristen geschlossen.

Ja, das ist nicht schön, aber das hat eine andere Qualität als die generellen und pauschalen Grenzsicherungen, die wir im März erlebt haben. Es ist bisher eben nur eine begrenzte Maßnahme – und ich hoffe, dass es bei diesen zielgerichteten Eingriffen bleibt.

Die Reisefreiheit ist trotzdem eingeschränkt, vor allem durch nationale Reiseverordnungen. Da macht jeder, was er will – trotz der neuen europäischen Reiseampel.

Die Ampel schafft ein Stück Verlässlichkeit. Aber die Tatsache, dass in Österreich der Mindestabstand bei einem Meter ist,

in Deutschland bei 1,5 Meter und in Luxemburg bei zwei Meter, löst bei den Menschen eher Kopfschütteln aus. Was Europa braucht, ist eine Art europäisches Robert Koch-Institut, das gemeinsame Standards festlegt, wie wir mit dem Virus umgehen, und das die Autorität und die Kraft hat, notwendige Maßnahmen zu koordinieren. Außerdem ist wichtig, dass wir mit die Ersten sind, die ausreichend und flächendeckend Impfstoffe gegen Corona haben. Europa muss jetzt liefern.

Wie klappt die Zusammenarbeit mit Kommissionspräsidentin von der Leyen? Sie wollten ja eigentlich ihren Job. Haben Sie sich in der Krise zusammengerauft?

Die Entwicklungen sind so, wie sie sind. Ich kämpfe für ein demokratisches Europa (mit gewählten Spitzenkandidaten, d. Red.), und vergangenes Jahr ist es leider nicht gelungen, das umzusetzen. Aber dieses Kapitel ist abgeschlossen. Jetzt gilt es, nach vorne zu blicken. Ich habe einen

guten Draht zu von der Leyen, wir arbeiten gemeinsam weiter. Unser gemeinsames Ziel ist es, Europa voranzubringen.

Bei der letzten Klausurtagung von CDU/CSU gab es scharfe Kritik an von der Leyen. Einige Abgeordnete machen sich Sorgen, dass ihr „Green Deal“ auf dem Rücken der Arbeitnehmer, der Mittelständler, überhaupt der Wirtschaft ausgetragen wird. Teilen Sie diese Sorge?

Der Schutz des Klimas und die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sind die beiden Hauptaufgaben meiner politischen Generation. Die Europäische Volkspartei und die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament haben das Ziel, dass wir bis zum Jahr 2050 klimaneutral sind und dass wir in einer Dekade, bis zum Jahr 2030, ein Ziel von 55 Prozent CO₂-Einsparung erreichen. Wir unterstützen die Ziele, die die Kommission, die Ursula

von der Leyen vorgeschlagen hat. Wir sind da gemeinsam unterwegs. Aber der Teufel steckt im Detail. Was heißt das konkret für unser tägliches Leben? Darum geht es jetzt. Wenn diese Frage zu beantworten ist, dann wird die EVP eine Stimme der Vernunft sein, auch die Stimme der Balance.

Von der Leyen hat

eine geopolitische EU-Kommission angekündigt. Was ist daraus geworden?

Die geopolitische Kommission ist sicher die größte Herausforderung, weil die ersten sechs Monate von Corona überschattet wurden. Deswegen ist die globale Dimension nicht so gut erkennbar gewesen. Es gab schon positive Dinge, etwa die Geberkonferenz für den Impfstoff, das war ein echtes Highlight. Aber den großen Durchbruch haben wir da sicher nicht erlebt. Am Ende des Tages müssen die Mitgliedsstaaten in der Außenpolitik leider einstimmig beschließen, und das macht uns schwach, das macht uns gegenüber der Türkei ▶



Vorübergehend geschlossen Der Grenzübergang Alte Innbrücke in Braunau zwischen Österreich und Deutschland ist wegen Corona vorerst nicht passierbar

nicht so handlungsfähig, wie wir sein sollten, auch gegenüber Russland.

Die EU wirkt aber auch gegenüber Amerika schwach. Präsident Trump hat Europa verhöhnt und sich vor allem um China gekümmert. Rechnen Sie damit, dass sich das nach der Präsidentschaftswahl ändert?

Die Auseinandersetzung mit China wird für die USA im Mittelpunkt bleiben. Europa kann keinen Mittelweg zwischen den USA und China gehen, sondern muss ein klares Signal senden, dass für uns die transatlantische Partnerschaft im Vordergrund steht. Dass wir immer, wenn es um grundlegende Werte der westlichen Welt geht, an der Seite der Amerikaner stehen. Man kann zu Präsident Trump stehen, wie man will, aber nicht jede Frage, die er thematisiert hat, ist eine falsche Frage, wengleich wir vieles auch grundlegend anders sehen.

Trump oder Biden? Macht das eigentlich einen Unterschied für die EU?

Das macht einen großen Unterschied, wenn wir mit Joe Biden jemanden haben, mit dem man wieder normal reden kann. Natürlich wird auch er amerikanische Interessen vertreten. Wenn man glaubt, dass sozusagen das alte Amerika zurückkommt, das immer gemeinsame Interessen vertritt, dann unterliegt man einer Illusion. Aber ich habe schon die Hoffnung, dass wir in einigen Bereichen wieder zu mehr internationaler Kooperation kommen, etwa bei der Pariser Vereinbarung zum Klimaschutz, einem möglichen EU-US-Freihandelsabkommen oder bei der WTO. Dort haben wir eine Blockade, die muss überwunden werden.

Sollte die Europäische Union den Amerikanern die Hand reichen, egal wer gewinnt? Oder gilt das nur für Herrn Biden?

Europa wird jedes demokratische Ergebnis akzeptieren, respektieren und mitarbeiten. Das haben wir ja auch vor vier Jahren gemacht, mit Donald Trump. Wir müssen und wir werden zusammenarbeiten. Aber klar ist auch: Eine Wiederwahl von Donald Trump hat noch mehr Wirkung. Es geht auch um den Politikstil und grundlegende Wertefragen.

Noch führt Deutschland den EU-Vorsitz. Wagen Sie eine erste Zwischenbilanz?

Im Mittelpunkt der ersten Monate stand die Finanzlage und das Management der

„Die russische Führung verhält sich destruktiv und aggressiv“

Folgen der Corona-Krise. Und da ist dem deutschen Vorsitz ein echtes Kunststück geglückt. Es ging darum, die Finanzierung der EU angesichts der Corona-Krise auf ein ständig breiteres Fundament zu stellen. Das ist mit dem Wiederaufbauplan gelungen. Das kann auch politisch ein echter Gamechanger sein. Er hat die Stimmung etwa in Italien oder Spanien völlig verändert. Mit diesem Wiederaufbaufonds darf die EU erstmals im größeren Umfang und einmalig Kredite aufnehmen, um eine dramatische Krise zu überwinden. Wer hätte das vor einem Jahr für möglich gehalten? Das ist schon historisch und auch global einzigartig.

Der Corona-Aufbaufonds ist jedoch noch nicht in trockenen Tüchern, auch das EU-Budget wackelt.

Ausgerechnet das Europaparlament verweigert seine Zustimmung, weil es mehr Geld will und mehr Biss für die neue Rechtsstaats-Klausel fordert ...

Ja, es gab unterschiedliche Ansichten, und das ist auch wichtig, weil es um viel geht. Doch nun laufen die Gespräche

überraschend konstruktiv. Ich würde heute sagen, es ist realistisch, dass wir da eine Einigung hinkriegen. Die EU würde dann erstmals einen Rechtsstaats-Mechanismus (die Kopplung von Geldern an die Einhaltung von Rechtsstaatsregeln, d. Red.) bekommen, in einem Bereich, an dem wir seit Jahrzehnten arbeiten.

Wenn das klappt, dann wird das ein echter Meilenstein, und da bin ich optimistisch. Richtig ist aber auch, dass dies eine rote Linie ist. Ohne diesen verbindlichen Mechanismus ist kaum vorstellbar, dass das Europäische Parlament dem mehrjährigen Finanzrahmen und dem Wiederaufbaufonds zustimmt.

Weiß das auch Angela Merkel?

Das weiß auch Angela Merkel. Wir wollen etwas erreichen, was beim EU-Gipfel im Juli nicht gelungen ist. Die Diskussion der Staatschefs über den Rechtsstaat war ja wachswendig. Das müssen wir nun verbessern.

In einer wichtigen Frage will Merkel Ihnen aber nicht folgen: Bei der russischen Gas-Pipeline Nord Stream 2. Sie haben schon im Europawahlkampf gefordert, das deutsch-russische Projekt einzustellen, die Bundesregierung verfolgt sie trotzdem weiter. Werden Sie in Berlin eigentlich gehört?

Als Europa-Politiker muss ich einschätzen, welche Folgen Nord Stream 2 für ganz Europa hätte. Und da sehe ich keine Notwendigkeit für die Pipeline. Im Gegenteil: Wir werden eher noch mehr von Russland abhängig. Ich fühle mich durch die jüngsten Ereignisse – Stichwort Nawalny – eher bestätigt. Ich bin damals stark kritisiert worden für meine Forderung, inzwischen teilen immer mehr in Berlin meine Position. In Syrien, im Libanon, in Belarus – die russische Führung verhält sich destruktiv und aggressiv. Zudem war Nord Stream 2 von vornherein falsch eingegrenzt, weil es nicht im europäischen Kontext diskutiert und entschieden wurde. Es wäre besser, auf Nord Stream 2 zu verzichten.

Wie denn?

Alle Sanktionsoptionen liegen auf dem Tisch. Wenn Russland in Belarus interveniert, um das dortige System zu stabilisieren, dann muss die EU eine eindeutige Antwort senden, und dann ist Nord Stream nicht mehr zu halten.

Aktuell hat Merkel aber ein ganz anderes Problem. Es heißt Viktor Orban. Er droht mit einem Veto gegen das EU-Budget und versucht, den Rechtsstaats-Mechanismus aufzuweichen.

Wieso ist Orbans Fidesz-Partei immer noch Mitglied der EVP? Wieso arbeitet man in der Fraktion noch zusammen?

Die Abstimmung über den Ausschluss aus der Partei konnte formal bisher nicht gemacht werden, weil physische Treffen des zuständigen Gremiums wegen Corona nicht möglich waren. Angesetzt war die Abstimmung für September. Wir haben als Partei sehr, sehr starke Konsequenzen gezogen. Fidesz ist suspendiert. Sie haben kein gewähltes Mitglied mehr in den Gremien der Partei. In der Fraktion ist es rein rechtlich so, dass man ein gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments nicht analog zum Parteibeschluss suspendieren kann. Insofern ist das ein nicht zufriedenstellender Schwebezustand, den wir aber wegen Corona vorübergehend akzeptieren müssen. ■



Fairer Verlierer Manfred Weber gratuliert seiner Parteifreundin Ursula von der Leyen zur Wahl als EU-Kommissionschefin. Den Posten wollte eigentlich er